

Landtag Rheinland Pfalz  
03.11.2017 10:06  
Tgb.-Nr.



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN  
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten  
des Landtags  
Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz



DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

30. Oktober 2017

Mein Aktenzeichen  
Eingaben vornehmen  
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Philipp Staudinger  
Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-3432  
06131 16-173432

**Sitzung des Innenausschusses am 07.09.2017**

**TOP 8: Einsatz rheinland-pfälzischer Polizeikräfte beim G-20 Gipfel in Hamburg**

Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 der GOLT

Vorlage 17/ 1678

**TOP 9: Schlussfolgerungen aus den Ausschreitungen in Hamburg**

Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 der GOLT

Vorlage 17/ 1700

**TOP 10: Linksextremismus in Rheinland-Pfalz**

Antrag der Fraktion der FDP nach § 76 Abs. 2 der GOLT

Vorlage 17/ 1699

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 07.09.2017 wurde zu den Tagesordnungspunkten 8, 9 und 10 eine schriftliche Berichterstattung vereinbart. Aufgrund des Sachzusammenhangs erfolgt eine zusammenfassende schriftliche Berichterstattung. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Am 07. und 08. Juli 2017 richtete die Bundesrepublik Deutschland als Vorsitzland der Gruppe der Zwanzig Industrienationen und Schwellenländer den diesjährigen G20-Gipfel

1/6

**Kernarbeitszeiten**  
09.00-12.00 Uhr  
14.00-15.00 Uhr  
Freitag 09.00-12.00 Uhr

**Verkehrsanbindung**  
ab Mainz Hauptbahnhof  
Straßenbahnlinien  
Richtung Hechtsheim 50,51,52

**Parkmöglichkeiten**  
Parkhaus Schillerplatz,  
für behinderte Menschen  
Hofeinfahrt Mdl, Am Acker





in Hamburg aus. Während des mehrtägigen Einsatzes kam es insbesondere im Schanzenviertel zu schweren gewalttätigen Ausschreitungen. Über 470 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurden im Rahmen des Einsatzes verletzt – die Höhe der Sachschäden ist noch nicht zu beziffern.

Die Polizei Hamburg hat zur Bearbeitung der Vielzahl an Straftaten im Zusammenhang mit dem G 20-Gipfel eine Sonderkommission eingerichtet, die von den Polizeien anderer Länder und des Bundes unterstützt wird. Auch die rheinland-pfälzische Polizei hat bislang einen Beamten in die Sonderkommission entsandt. Die polizeilichen Ermittlungen gestalten sich sehr komplex und aufwändig, weil die Taten zum Teil aus größeren Gruppen oder Menschenmengen heraus begangen wurden und die Täter überwiegend verumumt waren.

Auch wenn im Rahmen des Polizeieinsatzes 186 Personen vorläufig festgenommen und weitere 228 in Polizeigewahrsam genommen wurden, ist es schwierig, Tatverdächtige zu identifizieren und ihnen einzelne Tatbeiträge beweiskräftig zuzuordnen. Dennoch arbeiten die Ermittlerinnen und Ermittler daran, die für eine Anklage und Verurteilung notwendige Beweislage zu schaffen.

Rheinland-Pfalz unterstützte die Polizei Hamburg u.a. mit Kräften im Bereich der Verkehrslotsungen, bei Objektschutzmaßnahmen, mit Diensthundeführern der Polizeipräsidien, Kräften der Spezialeinheiten und der Wasserschutzpolizei sowie – mit der Masse der Kräfte - geschlossenen Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei. Erste Kräfte wurden bereits ab 22. Juni 2017 und in der Folge sukzessive aufwachsend nach Hamburg entsandt. Insgesamt waren 612 rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Hamburg eingesetzt.

Teilkkräfte der Bereitschaftspolizei wurden zunächst in einem Containerdorf in Bad Segeberg untergebracht. Aufgrund vieler Umstände, wie z.B. fehlender Verpflegungsmöglichkeiten, langer Anfahrtswege sowie der widrigen Wetterverhältnisse wurde die Unterkunftssituation durch die Kräfte vor Ort als unzumutbar beschrieben. Nachdem die Umstände bekannt wurden, wurde seitens des Mdl in Hamburg interveniert. Den betroffenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wurde innerhalb kurzer Zeit eine andere Unterkunft zur Verfügung gestellt.





Insbesondere die Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei waren in Hamburg an den Brennpunkten eingesetzt. Die primären Objektschutzmaßnahmen im Bereich der Messehallen und der Elbphilharmonie verliefen zunächst ohne besondere Vorkommnisse. Aufgrund der bekannten Lageentwicklung im Verlauf des Demonstrationsgeschehens wurden die geschlossenen Einheiten am Donnerstag, 6. Juni 2017, Freitag, 7. Juni 2017 und Samstag, 8. Juni 2017, im Bereich des Schanzenviertels und somit auch bei der Räumung der Schanzenstraße eingesetzt. Hierbei waren die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einem enormem Gewaltpotenzial mit heftigem Bewurf von Flaschen und Steinen sowie Pyrotechnik ausgesetzt.

Im Rahmen des Einsatzes wurden 34 rheinland-pfälzische Einsatzkräfte als verletzt registriert. Überwiegend handelt es sich um Prellungen und Schürfwunden sowie Knalltraumata durch Pyrotechnik. Den in Hamburg eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gilt größter Respekt, Dank und Anerkennung.

Aufgrund der hohen Belastung wurden für alle in Hamburg eingesetzten Kräfte drei Tage Sonderurlaub verfügt. Unabhängig hiervon wurde gegenüber den Kräften der Bereitschaftspolizei nach ihrer Rückkehr aus Hamburg für den Zeitraum vom 10. bis 12. Juli 2017 einsatzfreie Zeit unter Abzug von Mehrarbeitsstunden angeordnet. Den anderen Polizeibehörden und -einrichtungen wurde eine analoge Verfahrensweise anheimgestellt. Bereits vor Beginn der Einsatzmaßnahmen wurde durch den Vorbereitungsstab der Polizei Hamburg mit den unterstützenden Polizeien des Bundes und der Länder die Abrechnung der Dienstzeiten sowie die Anrechnung der Ruhe- und Bereitschaftszeiten auf die Arbeitszeit festgelegt. Bereitschaftszeiten werden für die Einsatzkräfte 1:1 und damit zu 100 Prozent vergütet. Ebenso wurde die durchgehende Arbeitszeitvergütung für die „heiße Einsatzphase“ ab dem 6. Juli 2017 bis Dienstende in den jeweiligen Heimatdienststellen in Rheinland-Pfalz verfügt.

Bei den in Hamburg im Rahmen des geschlossenen Einsatzes geleisteten Zeiten handelt es sich grundsätzlich um bezahlbare Mehrarbeit. Gemäß dem Grundsatz „Freizeit vor Geld“ kann die bezahlbare Mehrarbeit auf Antrag ausgezahlt werden, wenn diese nicht binnen eines Jahres in Freizeit ausgeglichen werden kann.



Im Vorfeld des G 20-Gipfels in Hamburg mobilisierten Linksextremisten bundesweit und international zur Teilnahme an den Protestveranstaltungen. Bekannt ist darüber hinaus, dass sich an den gewaltsamen Auseinandersetzungen auch überregional und international agierende linksmotivierte Täter beteiligten.

Bislang liegen den Sicherheitsbehörden jedoch keine Erkenntnisse vor, die eine Beteiligung rheinland-pfälzischer Aktivisten an diesen Krawallen und Straftaten belegen. Unabhängig hiervon hält die Landesregierung an ihrer Haltung fest, konsequent gegen jede Form des Extremismus vorzugehen, gleich ob sie links-, rechts- oder religiös motiviert ist. Dabei ist es aber sinnvoll, die Ressourcen der rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden vorwiegend dort einzusetzen, wo sie prioritär benötigt werden. Ausschlaggebend ist dabei insbesondere die Bewertung der aktuellen Gefährdungs- und Gefahrenlage auf Basis der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden. Dabei spielen die jeweiligen landesspezifischen Gegebenheiten naturgemäß eine zentrale Rolle. Diese können in einzelnen Phänomenbereichen deutlich vom Bundesdurchschnitt oder den Rahmenbedingungen in anderen Ländern abweichen.

Nach einhelliger Bewertung von Polizei und Verfassungsschutz stellt der Islamismus, aufgrund des hohen Schadenspotenzials der jederzeit überall drohenden terroristischen Anschläge und der Rechtsextremismus, mit seinem größeren Personenpotenzial und der deutlich höheren Straftatenbelastung, zurzeit eine größere Bedrohung für die innere Sicherheit unseres Landes dar als der Linksextremismus. In Rheinland-Pfalz existiert aktuell im Hinblick auf die Zahl der Linksextremisten, den Umfang der von diesen begangenen Straftaten und das von ihnen ausgehende Gewalt- und Bedrohungspotenzial keine mit Hamburg, Berlin oder Leipzig vergleichbare Szene. Auch wenn rheinland-pfälzische Linksextremisten z.B. bei Gegenveranstaltungen zu rechten Versammlungen von Gleichgesinnten aus unseren Nachbarländern unterstützt werden, ist das Ausmaß der Mobilisierung doch eher überschaubar.

Daher ist es aus heutiger Sicht geboten, den Schwerpunkt der repressiven und präventiven Bekämpfungsmaßnahmen derzeit auf die Phänomenbereiche rechtsmotivierter und islamistisch motivierter Kriminalität zu legen. Selbstverständlich verfolgen die Sicherheitsbehörden die Entwicklung des Linksextremismus auch weiterhin sorgfältig, um rechtzeitig



reagieren und eventuell notwendig werdende Bekämpfungsmaßnahmen zeitnah ergreifen zu können. Dies gilt insbesondere für die Vorbereitung der Feierlichkeiten anlässlich des diesjährigen Tages der Deutschen Einheit am 2. und 3. Oktober 2017 in Mainz.

Diese Feierlichkeiten stellen aus polizeilicher Sicht eine sehr komplexe Veranstaltungslage dar, die neben den protokollarischen Programmpunkten auch ein Bürgerfest mit Ländermeile beinhaltet. Hierbei ist ein Höchstmaß an Sicherheit für die Gesamtveranstaltung erforderlich, die seit Beginn eine intensive Zusammenarbeit mit allen beteiligten Stellen bedingt und sich an dem Grundsatz „So viel Sicherheit wie nötig, Beeinträchtigung der Bürger so gering wie möglich“ orientiert.

Neben den polizeilichen Einsatzplanungen wird durch den Veranstalter unter Beteiligung der Stadt Mainz sowie den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein Sicherheitskonzept erarbeitet, das auch Störungen durch gewalttätige Aktionen gegen das Fest berücksichtigt.

Gegenwärtig liegen keine konkreten Gefährdungserkenntnisse für die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2017 vor. Bei linksmotivierten Protestveranstaltungen im zeitlichen Zusammenhang mit diesem Anlass ist nach Bewertung des Landeskriminalamtes mit sogenannten „versammlungstypischen Straftaten“ wie z.B. Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Farbbeutel- und Flaschenwürfen sowie dem Einsatz von Pyrotechnik zu rechnen. Auch wenn bei ähnlichen Veranstaltungen in der Vergangenheit bundesweit innerhalb der linken Szene mobilisiert wurde, erreichten die tatsächlichen Teilnehmerzahlen linker Aktivisten und der von ihnen begangenen Straftaten nie auch nur annähernd das Ausmaß wie in Hamburg anlässlich des G 20-Gipfels. Ungeachtet dessen werden entsprechende Einsatzmaßnahmen vorbereitet und in der polizeilichen Einsatzkonzeption berücksichtigt. Daneben erfolgt fortlaufend eine fachspezifische Aufklärung aller Phänomenbereiche durch die entsprechenden Fachkommissariate mit Unterstützung des Landeskriminalamtes sowie des Verfassungsschutzes. In engem Zusammenhang dazu steht die seit April 2017 eingerichtete Informationssammelstelle, die dazu dient, gefährdungs- und veranstaltungsrelevante Erkenntnisse aus dem gesamten Bundesgebiet zu sammeln.





Diese dort gewonnenen Erkenntnisse werden durch das Polizeipräsidium Mainz in entsprechenden Lagebildern zusammengefasst und finden Berücksichtigung in den weiteren Einsatzplanungen.

Zur Aufklärung der linken Szene im Rhein-Main-Gebiet bzw. Rhein-Neckar-Gebiet erfolgt eine enge Kooperation mit Hessen und Baden-Württemberg. Präventivmaßnahmen, wie die Vorbereitung und Umsetzung von Aufenthalts- und Betretungsverboten oder Meldeauflagen für erkannte Störer, werden Phänomen übergreifend geprüft.

Das Polizeipräsidium Mainz hat ein umfassendes Kräftekonzept erarbeitet. Darüber hinaus fließen die Erfahrungen aus Dresden zum Tag der Deutschen Einheit 2016 sowie die aus dem G-20 Einsatz in Hamburg in die Einsatzplanung rund um die Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in Mainz ein.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

  
Günter Kern  
Staatssekretär